Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2507**
16. Wahlperiode 05. 09. 2006

Antrag

der Abgeordneten Dr. Lothar Bisky, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, Dr. Barbara Höll, Dr. Gesine Lötzsch und der Fraktion DIE LINKE.

Verzicht auf Mehrwertsteuererhöhung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die beschlossene Mehrwertsteuererhöhung zurückzunehmen.

Berlin, den 5. September 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Der private Verbrauch ist die Achillesferse für das Wirtschaftswachstum in Deutschland. Während der deutsche Export seit langem einen positiven Wachstumsbeitrag leistet und auch die Bruttoanlageinvestitionen, nachdem sie über Jahre rückläufig waren, wieder zum Wirtschaftswachstum beitragen, haben sich die privaten Konsumausgaben bis heute nicht erholt.

Der Hauptgrund für den schwachen privaten Verbrauch ist die Lohnentwicklung in Deutschland. Die in der Statistik der Deutschen Bundesbank unter Masseneinkommen zusammengefassten Nettolöhne und -gehälter zuzüglich der ausbezahlten Sozialleistungen sinken seit über einem Jahr. Mit rund 980 Mrd. Euro entsprechen die Masseneinkommen etwa der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts. Ihre Entwicklung hat daher erhebliche Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum. Die von der Bundesregierung beschlossene Mehrwertsteuererhöhung trifft besonders die Menschen mit niedrigem Einkommen, da aus niedrigen Einkommen anteilig deutlich mehr konsumiert wird als aus hohen.

Nach Einschätzung der Deutschen Bundesbank entwickelt sich die anhaltende Schwäche der Lohneinkommen auch zum Problem der deutschen Staatsfinanzen (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht August 2006). Zwar würde sich laut Bundesbank die Einnahmeseite des Staates in den Jahren 2006 und 2007 „isoliert betrachtet“ verbessern. „Dies ist fast ausschließlich auf Maßnahmen der neuen Bundesregierung zurückzuführen. Zu Buche schlägt dabei insbesondere die Erhöhung des Mehrwert- und des Versicherungssteuerregelsatzes um 3 Prozentpunkte, die nur teilweise durch die Senkung des Beitragssatzes der Bundesagentur für Arbeit kompensiert wird.“ Die Notenbank führt

dann jedoch weiter aus, dass diese Maßnahmen lediglich weniger stark wachsende, aber „besonders ergiebige“ Einnahmequellen ausgleichen würden. In dieser Hinsicht seien Veränderungen in der Verteilung des Volkseinkommens von großer Bedeutung, so die Notenbank. Sie gibt damit implizit einen Hinweis auf die sozialpolitische Schieflage in der Bundesrepublik Deutschland. „In fiskalischer Hinsicht sind Unternehmens- und Vermögenseinkommen deutlich weniger ergiebig als Arbeitnehmerentgelte“, schreibt die Deutsche Bundesbank. Nach ihrer Einschätzung wird sich der „bereits in den letzten Jahren zu beobachtende Rückgang der Lohnquote (gemessen als Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen) fortsetzen … Betrachtet man die Verwendungsseite des BIP, so wird vor allem der private Konsum (vor Umsatz- und Verbrauchssteuern) mit Abgaben belegt.“

Die von der Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und SPD beschlossene Mehrwertsteuererhöhung droht in Verbindung mit der negativen Einkommensentwicklung, den Konsum weiter zu schwächen und damit der Konjunktur insgesamt zu schaden. Das gefährdet auch das Ziel der Bundesregierung, den Staatshaushalt zu konsolidieren. Das Statistische Bundesamt hat darauf hingewiesen, dass für den im ersten Halbjahr 2006 gegenüber dem ersten Halbjahr 2005 registrierten Rückgang des Staatsdefizits um 12 Mrd. Euro „vor allem die Einnahmeseite ausschlaggebend“ gewesen sei. Eine auch von den Wirtschaftsforschungsinstituten erwartete Verlangsamung der Konjunktur durch die von der Bundesregierung beschlossene Mehrwertsteuererhöhung wird sich daher mit großer Wahrscheinlichkeit auch auf die Einnahmen des Staates negativ auswirken. An Stelle der Mehrwertsteuererhöhung sollte die Einnahmeseite des Staates daher durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuern, der Unternehmenssteuern insbesondere für Kapitalgesellschaften und der Erbschaftssteuer sowie einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer gestärkt werden.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333